



Rainer Pöppinghege

Republik im Bürgerkrieg

Kapp-Putsch und Gegenbewegung an Ruhr und Lippe 1919/20

LWL-Institut
für westfälische Regionalgeschichte

ARDEY

Republik im Bürgerkrieg

LWL-INSTITUT FÜR WESTFÄLISCHE REGIONALGESCHICHTE
LANDSCHAFTSVERBAND WESTFALEN-LIPPE
MÜNSTER

REGIONALGESCHICHTE KOMPAKT

Band 2

herausgegeben von

Matthias Frese
Thomas Küster
Malte Thießen

LWL

Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Rainer Pöppinghege

Republik im Bürgerkrieg

**Kapp-Putsch und Gegenbewegung
an Ruhr und Lippe 1919/20**

ARDEY-VERLAG MÜNSTER

Redaktion:
Thomas Küster
Jan Niklas Kirstein

Die Herausgeber weisen darauf hin, dass im Text enthaltene externe Links nur bis zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung eingesehen werden konnten. Auf spätere Veränderungen haben sie keinerlei Einfluss. Eine Haftung des Verlags, des LWL-Instituts für westfälische Regionalgeschichte oder der Herausgeber ist daher ausgeschlossen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Abbildung auf dem Umschlag:
Aufmarsch von Zeitfreiwilligen in Hamm 1920
(Foto: Stadtarchiv Hamm)

© 2019 Ardey-Verlag, Münster
(Ardey-Verlag GmbH, An den Speichern 6, D-48157 Münster)

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages nicht zulässig.

Printed in Germany. Herstellung: Druckerei Kettler, Bönen
ISBN 978-3-87023-466-9 (ePDF)
ISBN 978-3-87023-443-0 (Print)
ISSN 2568-0196

INHALTSVERZEICHNIS

I. Zur Einführung: Eine Region in der Gewaltspirale	7
II. Gewalterfahrungen: das Jahr 1919	13
Propaganda und Gewalt	18
Unruhen im Jahresverlauf 1919	22
Der Kampf um die Grundsatzfrage: Räte oder Parlamente?	24
Prekäre Kooperationen, gefährdetes Gewaltmonopol	27
Unruhen im Westen	33
Streikende Arbeiter – bewaffnete Arbeiter	34
Erneuter Generalstreik und Belagerungszustand	38
Plünderungen und Lebensmittelunruhen im Sommer 1919	40
Streiks in der zweiten Jahreshälfte 1919	46
Neues Jahr, bekannte Probleme	49
III. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch – Verlauf und Reaktionen	53
Das Programm der Putschisten	55
Die Bedeutung des Generalstreiks	56
Das Scheitern des Putsches	59
IV. Christlich, demokratisch oder revolutionär? Die Arbeiterbewegung im Westen	63
Die Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD)	64
Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)	65
Die Spartakisten und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	66
Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD)	66
Anarchisten und Syndikalisten	67
Freie und christliche Gewerkschaften	68
Vollzugsräte als kommunale Exekutivorgane	69
Die Rote Ruhrarmee	71

V. Die Reaktionen auf den Putsch im Ruhrgebiet	75
Mit Waffen gegen die Putschisten	78
Defensiv oder offensiv – die Ziele der Roten Ruhrarmee	80
VI. Die Kämpfe im Ruhrgebiet	83
Die Front formiert sich	87
Das Bielefelder Abkommen	90
Zerwürfnisse innerhalb der Arbeiterschaft	92
Die zweite militärische Phase: Die Reichswehr rückt vor	93
Die Kämpfe bei Pelkum	96
Das Ultimatum läuft ab	99
VII. Das Geschehen im Umland und in den Nachbarregionen	105
Entwicklungen jenseits des Industriereviers	106
Die Peripherie als Aufmarschraum	107
Verkehrsüberwachung	109
Der Sonderstatus des Rheinlands – der Kölner Brückenkopf	110
Unruhen am Rhein	111
Der Brückenkopf als Zufluchtsort	113
VIII. Aus- und Nachklang der Gewalteskalation	117
Die juristische Aufarbeitung	117
Zunehmender Antisemitismus und Antikommunismus	119
Die personelle und politische Aufarbeitung	123
Anzeichen antirepublikanischer Radikalisierung	125
IX. Wahrnehmung und Wirkung	127
Anmerkungen	135
Abkürzungen	144
Literaturverzeichnis	145
Bildnachweis	149
Ortsregister	150

I. Zur Einführung: Eine Region in der Gewaltspirale

Heftiges Gewehrfeuer riss Josef Meis, seine Ehefrau und deren Schwester morgens zwischen fünf und sechs Uhr aus dem Schlaf.¹ Für die drei waren die Schüsse das Zeichen, sich vor den Kämpfen in den Keller ihres Hauses in Bossendorf bei Marl zu flüchten. Dort übernachteten an jenem 1. April 1920 auch neun auswärtige Arbeiter, die am Lippeseitenkanal beschäftigt waren. Kolonialwarenhändler Meis war eigentlich erleichtert, dass die Reichswehr offenbar erfolgreich gegen die in der Nähe postierten Rotgardisten vorging – bis eine Handgranate durch ein Kellerfenster geworfen wurde und die Wasserleitung zerstörte. Mit den Worten „Ihr Banditen, heraus!“ zwangen die Reichswehrsoldaten alle, den Keller zu verlassen und sich vor dem Haus aufzustellen. Danach fielen Schüsse, und die Kanalarbeiter sowie Josef Meis sanken tödlich getroffen zu Boden. Fünf weitere Kanalarbeiter in der Nähe ereilte das gleiche Schicksal.

Wenn die unmittelbaren Kriegsauswirkungen den Westen Deutschlands zwischen 1914 und 1918 auch verschont hatten, so war doch jeder mit ihnen konfrontiert: Väter und Söhne kamen an der Front um oder gerieten in Gefangenschaft, Familien litten Hunger, Frauen, ausländische Kriegsgefangene und – in nicht ganz so großem Ausmaß – Zwangsarbeiter nahmen die Arbeitsplätze der Soldaten ein. Wie ganz anders stellten sich doch

die Monate nach dem Waffenstillstand für die Zeitgenossen dar: Machtkämpfe im wahrsten Wortsinne! Die kriegerische Gewalt, die bis dahin das Territorium des Deutschen Reiches verschont hatte, entsprang nun aus diesem selbst. Dabei war sie oft unkalculierbar, spontan und entgrenzt. Die Gründe dafür lagen nicht nur in der materiellen Not, z.B. bedingt durch fehlende oder überteuerte Lebensmittel, sie waren auch politischer Natur. Die Konflikte in der jungen Republik wurden sowohl in den parlamentarischen Versammlungen als auch auf der Straße mit der Waffe in der Hand ausgetragen. Sie eskalierten bis zum Bürgerkrieg.

Einer der zentralen Schauplätze jener beiden ersten „wilden“ Jahre der Weimarer Republik lag in Westfalen. Zwar kam es auch in anderen Teilen Deutschlands zu Unruhen; zwar war Berlin immer noch das politische Zentrum der Novemberrevolution; zwar schlossen sich im März 1920 Arbeiter auch in anderen Teilen Deutschlands² gegen die Putschisten um Kapp, Lüttwitz und Ludendorff zusammen und hatten einige darüber hinaus wie in München versucht, örtlich begrenzte Räterepubliken zu errichten: Doch richtete sich für einige Wochen im März und April 1920 das Augenmerk der deutschen und internationalen Öffentlichkeit vornehmlich auf den industriell geprägten Teil Westfalens und das damit verflochtene rechtsrheinische Industriegebiet.

Hier trafen bewaffnete Kräfte von links und rechts aufeinander: Im Ruhrgebiet formierte sich die „Rote Ruhrarmee“, um die Novemberrevolution von 1918 letztlich doch noch zu einer sozialistischen Revolution zu machen – oder wenigstens deren Errungenschaften zu sichern. Es folgten blutige Wochen mit einer ideologisch aufgeladenen, äußerst brutalen Kampfweise. Das Resultat bestand in vermutlich weit mehr als 1.000 Toten

auf Seiten der Arbeiterschaft, 500 umgekommenen Angehörigen der Reichswehr, Freikorps und Sicherheitspolizei sowie 80 getöteten Zivilisten.³ Dabei traten vielfältige Gruppen auf den Plan, die sich in ihrer Radikalität voneinander unterschieden und letztlich eine multipolare Machtstruktur im rheinisch-westfälischen Industriegebiet entstehen ließen. Im westfälischen Teil des Ruhrgebiets verzeichneten die Parteien und Gewerkschaften einen relativ hohen Organisationsgrad, der schnelles politisches und militärisches Handeln ermöglichte. Das mag ein Grund dafür sein, dass hier die bewaffneten Auseinandersetzungen als Reaktion auf den Kapp-Lüttwitz-Putsch⁴ in Berlin begannen und die Kampfhandlungen später im rheinischen Teil insgesamt ungezügelter und unkoordinierter verliefen.

Selbstverständlich war das Ruhrgebiet der zentrale Schauplatz jener gewaltsamen Ereignisse und der vorhergehenden Massenstreiks. Zugleich ist aber zu fragen, wie sich die Menschen in Ostwestfalen, im Sauerland oder in Lippe zu den Ereignissen der Jahre 1919/20 verhielten. Welchen Nachhall fanden die Forderungen der Kapp-Putschisten und ihrer linken Gegenspieler in den eher ländlich geprägten Regionen Westfalens? Wie verhielten sich der ländliche und städtische Raum zueinander?⁵ Denn beide standen in engen Wechselbeziehungen, beispielsweise bei Fragen der Lebensmittelversorgung oder der Verkehrsinfrastruktur.

Politisch haben wir es mit relativ disparaten Verhältnissen zu tun: So war das Ruhrgebiet keine homogene Einheit „linker“ Kräfte, sondern ein durch verschiedene bürgerliche bzw. konfessionelle Milieus ergänzter Raum. Zudem wies auch die Bevölkerung in ländlichen Gegenden ein stark voneinander abweichendes Wahlverhalten auf, wie ein Vergleich des katholischen Münsterlandes mit dem protestantischen Minden-Ravensberg

zeigt. In diesem Sinne ist also eher von einem multidimensionalen, politisch heterogenen Raum Westfalen zu sprechen.⁶

Aus mehreren Quellen speiste sich auch die Unzufriedenheit vieler Menschen. Denn es waren ja nicht nur linke und nationalistische Kräfte, die die Ergebnisse der Novemberrevolution kritisch bewerteten. In den ländlichen Regionen des katholischen Münsterlandes entfachte die Schulpolitik der preußischen Regierung beispielsweise die heftigsten Proteste. Hier war es der Versuch der Kultusminister Hoffmann von der USPD und Haenisch von der MSPD, die Trennung von Kirche und Staat durchzusetzen, indem konfessionelle Schulen ihres Charakters entkleidet werden sollten.

Trotz der wechselnden Verhältnisse im politischen Raum an Ruhr und Lippe bietet dieses Buch eine Gesamtsicht. Es stützt sich außer auf die allgemeine wissenschaftliche Forschungsliteratur zur Frühzeit der Weimarer Republik exemplarisch auf lokalhistorische Veröffentlichungen, um die Ereignisse vor Ort zu berücksichtigen. Jedoch kann es dabei naturgemäß die Ereignisse auf der lokalen Ebene nur selten detailliert berücksichtigen. Angesichts der Fülle an tendenziösen Darstellungen erschien es darüber hinaus sinnvoll, in beschränktem Maße auch archivarische Quellen in die Untersuchung mit einzubeziehen. Das ist für eine Überblicksdarstellung eher ungewöhnlich, eröffnet aber neue Perspektiven und Erkenntnisse.

Erste Erklärungsversuche zu den Ereignissen von 1919/1920 setzten unmittelbar im Anschluss ein. Meistens waren sie vom politischen Standort der Autoren geprägt. Diese Tendenz findet sich in vielen historiographischen Darstellungen bis in die jüngere Vergangenheit. Historiker und Autoren, die sich dem linken Spektrum zurechneten, zogen Linien zwischen eigenen Standpunkten und der Tradition der Roten Ruharmee.⁷ Bür-

gerliche Autoren betonten seit den zwanziger Jahren die angebliche antibolschewistische Rettungstat der Reichswehrtruppen.⁸ Beginnend mit der Untersuchung von Gerhard Colm und dem umfassenden Werk George Eliasbergs,⁹ folgten in jüngerer Zeit eine Reihe von Analysen, die der wissenschaftlichen Ausgewogenheit verpflichtet sind – häufig mit lokalhistorischen Schwerpunkten.

Dieses Buch bündelt die Ereignisse an den einzelnen Schauplätzen Westfalens und versucht eine regionalhistorische Gesamtperspektive zu bieten, die mit den Geschehnissen im Reich eng verknüpft ist. Dass dabei das Ruhrgebiet stärker im Fokus steht als beispielsweise das Sauer- oder Münsterland und Ostwestfalen, ergibt sich aus der Ereignisgeschichte des gewaltsamen Konflikts. Trotzdem soll versucht werden, den Blick auch auf scheinbar ruhigere Regionen zu richten – denn meistens waren diese unmittelbar mit den Ereignissen im Ruhrgebiet verbunden. Die regional unterschiedlich ausgeprägte Gewaltgeschichte war nicht zuletzt auf die heterogene sozioökonomische und politische Struktur Westfalens zurückzuführen. In den Metropolen prallten unterschiedliche politische Positionen z.B. unmittelbar aufeinander. Zwar spielten auch der Gegensatz von Stadt und Land und deren politische Milieus eine Rolle, dieser Antagonismus markierte jedoch nicht immer eine Trennlinie zwischen den politischen Lagern. Das Gesamtbild soll letztlich Antworten darauf geben, wie es zur Eskalation der gewaltsamen Ereignisse im Frühjahr 1920 kommen konnte und welche Handlungsoptionen die damaligen Akteure wählten – bzw. welche sie ausschlugen.

II. Gewalterfahrungen: das Jahr 1919

An Gewalt hatten sich die Zeitgenossen jener Jahre gewöhnt. Die Männer waren im Krieg gewesen und hatten dort Schreckliches erlebt. Zur wahren Heimsuchung im Wortsinne wurden gewaltsame Auseinandersetzungen für Westfalen aber vor allem nach Kriegsende. Im Laufe des Jahres 1919 steigerten sich die gewaltsamen Ausbrüche. Angefangen mit dem Spartakus-Aufstand im Januar in Berlin, griffen die bürgerkriegsähnlichen Zustände auf andere Orte wie z.B. München über, wo die sozialistisch orientierte Räterepublik niedergeschlagen wurde. Unter dem Einsatz von Gewalt vollzogen sich aber auch spontane Streikaktionen, Plünderungen und Unruhen, wie sie für Westfalen aus zahlreichen Gemeinden belegt sind und auf den folgenden Seiten beschrieben werden. Gewalt gehörte also zum Alltag. Aber erschien sie den Zeitgenossen daher auch legitim? Wie ging die Gesellschaft mit diesem neuen Phänomen um?

Greifen wir etwas vor: Die in Essen erscheinende *Rheinisch-Westfälische Zeitung* gehörte zu den wenigen Pressorganen, die am 13. März 1920 den Kapp-Lüttwitz-Putsch in Berlin uneingeschränkt begrüßten. Das rechtsnationalistische Organ rechtfertigte das Vorgehen der Putschisten. Dieses bedeute „Gewalt – aber Gewalt aus redlichster Überzeugung und tiefster Vaterlandsliebe heraus“.¹⁰ Mit dieser kruden Argumentationsfigur sollten in den Anfangsjahren der Weimarer Republik

immer wieder rechte Gewaltaktionen in der Öffentlichkeit und vor Gericht legitimiert werden. Gewalt von rechts war demnach angemessen, so lange sie sich in einer Art Notwehrhandlung nur die Rettung des Vaterlandes als Verzweiflungstat auf die Fahnen schrieb. Weiter hieß es in dem Zeitungskommentar: „Und am allerwenigsten hat diese Regierung der Ebert, Bauer und Noske ein Recht, über Gewalt zu klagen, – diese Regierung, die sich die Macht durch lügnerische Versprechungen und Betörung der Massen erschlichen hat.“ Gewalt gegen „diese Usurpatoren anzuwenden, kann nicht Verbrechen genannt werden“.

Doch auch im linken politischen Spektrum kam es zu gewalttätigen Aktionen, die vielfach mit einer Art „Gewaltgewöhnung“ durch die vier Kriegsjahre erklärt werden können. Es war allerdings keine durchgängige Brutalisierung, die die deutsche Gesellschaft erfasst hatte. Letztlich verlief die Novemberrevolution insgesamt recht unblutig, vergleicht man sie mit ähnlichen politischen Umwälzungen in anderen Ländern und zu anderen Zeiten. Kam es in den Monaten nach Kriegsende überhaupt zu einer Zunahme der Gewalt? Je nachdem, auf welchen Ort man blickte, konnte die subjektive Wahrnehmung unterschiedlich sein.

Der Landrat in Unna wollte es genauer wissen und fragte in den einzelnen Verwaltungen seines Kreises nach. Die Kriminalitätsstatistik der Stadt Unna wies demnach in den Monaten Januar bis Juli 1919 eine im Vergleich zum selben Zeitraum des letzten Vorkriegsjahres 1913 abnehmende Zahl der Gewaltdelikte auf, wobei damit nicht nur die politisch motivierten Taten erfasst waren. Gleichzeitig verzeichnete die Polizei eine Verdoppelung der Diebstähle und eine drastische Steigerung der Zahl der Einbrüche von 24 (1913) auf 159.¹¹ Die Polizeiverwaltung in Kamen meldete keine wesentliche Änderung der Zahlen,

die Polizei in Pelkum bei Hamm konstatierte sogar eine abnehmende Tendenz der Gewalt- und Eigentumsdelikte. Sie erklärte das einerseits mit einer personell bedingten geringeren Verfolgungsrate, andererseits mit der Abwesenheit zahlreicher Männer durch die bis 1919 andauernde Kriegsgefangenschaft bzw. die schleppende Demobilmachung. Jedenfalls war im Kreis Unna am östlichen Rand des Ruhrgebiets im Ganzen gesehen keine Zunahme von allgemeiner Gewalt zu verzeichnen.

Speziell die politisch motivierte Gewalt schien dagegen spektakulär zuzunehmen: sogenannte Fememorde an Abweichlern, Attentate auf hochrangige Politiker und die brutalen „Säuberungsaktionen“ im Anschluss an die Münchener Räterepublik sowie der ein Jahr später aufflammende „Ruhrkampf“. Verantwortlich für das zweifellos brutalere Vorgehen im Zuge der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen war die ideologische Frontstellung der Kontrahenten, wie sie sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in Mittel-, Süd- und Osteuropa bemerkbar machte. Es handelte sich dabei um eine dramatische Abwendung von traditionellen völkerrechtlichen Übereinkünften und zivilisatorischen Gesetzen. Vergessen waren anscheinend die „in Europa seit den Religionskriegen unternommenen Bemühungen, bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen weißen Europäern einzuhegen, indem man zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten unterschied und den Feind als einen *iustus hostis* (gerechten Feind) entkriminalisierte“.¹² Die politische Polarisierung bestimmte die Sicht auf den Gegner: Beide Seiten nahmen ihr Gegenüber als entmenslichten Feind wahr. Das führte zu Kompromisslosigkeit und zu einer „Alles-oder-nichts-Mentalität“: Im USPD-nahen Blatt *Ruhrecho* hieß es: „Es gibt kein Mittelding zwischen Reaktion und Alleinherrschaft der Arbeiterklasse.“¹³ Da machte es dann in der Tat